

MOSKAU, 1. April 14 Ria Novosti

Die russische Wirtschaft muss sich unabhängig von der [Ukraine-Krise](#) auf schwere Zeiten gefasst machen, schreibt die Zeitung "Nowyje Iswestija" - [Chefredaktor ist Valerij Jakov](#):

Die wachsende Kapital- und Investitionsflucht wird die Lage der Russen, die ohnehin mit einer wirtschaftlichen Talfahrt, stagnierenden Löhnen, der Abwertung des Rubels und einer steigenden Inflationsrate zu kämpfen haben, noch schwieriger machen. Sollte der Westen seine Sanktionen verschärfen, droht Russland der Staatsbankrott.

Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew räumte ein, dass das [BIP](#) in diesem Jahr um 1,8 Prozent schrumpfen könnte, während die Kapitalflucht am Ende des Jahres die Marke von 150 Milliarden Dollar erreichen könnte. Diese Schätzung stimmt mit der jüngsten Prognose der Weltbank überein. Auffallend ist, dass die russischen Behörden die eher milden westlichen Sanktionen als unbedeutend abtun, gleichzeitig aber zugeben, dass die Ukraine-Krise die wirtschaftliche Lage im Land belastet.

Vor wenigen Tagen hatte das russische Wirtschaftsministerium die [Kapitalflucht](#) im ersten Quartal 2014 auf 65 bis 70 Milliarden Dollar geschätzt. Die von "Nowyje Iswestija" befragten Experten zeigten sich überzeugt, dass die Kapitalflucht nicht verhindert werden konnte. „Die [Situation um die Krim](#) hat sich vorerst beruhigt. Jetzt aber steht die Kapitalflucht unter dem Einfluss der Politik der US-Notenbank, der Situation auf den globalen Märkten und dem desolaten Zustand der russischen Wirtschaft“, sagte der Analyst des Zentrums für politische Konjunktur, Dmitri Absalow. „Die Kapitalflucht aus Schwellenländern ist eine globale Tendenz, die für uns vorerst nicht so kritisch ist. Vieles hängt aber von der weiteren Entwicklung der Situation in der Ostukraine und von den schärferen internationalen [Sanktionen gegen Russland](#) ab.“

Die internationale Ratingagentur Moody's stufte Ende der vorigen Woche Russlands Bonität herab. Die Experten erwarten wegen des Ukraine-Konfliktes einen Rückgang des russischen BIP um etwa ein Prozent (statt des zuvor prognostizierten Wachstums um zwei Prozent). Anschließend sagte Vizepremier Igor Schuwalow, Russland wolle „nicht mehr von den internationalen Bewertungen abhängen. (...) Wir werden unsere Souveränität verteidigen, ohne darauf zu achten, ob die Kluft zwischen der russischen Wirtschaft und der Weltgemeinschaft, die wir jahrelang versucht haben, zu überwinden, darunter durch unseren [WTO-Beitritt](#), die Verbesserung unseres Investitionsklimas und die Integration in das internationale Finanzsystem, größer wird. Die Investoren sollten die Perspektiven ihrer Anlagen in Russland nicht nach internationalen Kriterien, sondern danach einschätzen, was unsere Behörden sagen“, so Schuwalow. „Das wird ein völlig unabhängiges System sein.“

Unklar ist allerdings, wie sich die Investoren nach einem System richten sollen, das stark von den russischen Behörden geprägt ist. Aber auf solche „Lappalien“ scheint man in Moskau nicht zu achten.

Die Regierenden in Moskau scheinen vor allem auf die eigenen Ressourcen zu setzen. „Die Kapital- und Investitionsflucht werden die Behörden offenbar durch die Investitionen russischer Unternehmen unter Staatsbeteiligung ersetzen“, sagte der Direktor des Zentrums für Strukturforshungen am Gaidar-Institut, Alexej Wedew. „Es geht vor allem um die Öl- und Gaskonzerne und den Bankensektor.“ Dabei hat der Energiekonzern Gazprom bereits einen umfassenden Abbau seiner Investitionsprojekte und sogar massive Personalkürzungen angekündigt, falls die Energiepreise für die Privathaushalte für zwei Jahre eingefroren werden.

Wenn man bedenkt, dass die EU nach der Ukraine-Krise noch intensiver nach Alternativen für russisches Erdgas suchen wird (auf die EU entfallen derzeit zwei Drittel

des [Gazprom-Exports](#)), sollte man in absehbarer Zeit keine neuen Einnahmequellen des Energieriesen und damit des russischen Staatshaushalts erwarten.

„Die russische Wirtschaft schwebt derzeit zwischen Stagnation und Rezession“, sagte die Analystin des Internationalen Fondszentrums, Anna Linewskaja. „Das ist keine Neuigkeit – die Anzeichen einer Krise waren schon lange vor der Krim-Krise zu sehen. Für die Bevölkerung bedeutet das: Die Preise werden weiter steigen, die Renten sollen in diesem Jahr mindestens zwei Mal erhöht werden. Diese Erhöhungen würden jedoch von der Inflation unvermeidlich „geschluckt“ werden“, so die Expertin.